

Rede des Kreisdirektors und Kreiskämmerers Mike-Sebastian Janke zur Haushaltseinbringung in der Kreistagssitzung am 07.11.2023

Es gilt das gesprochene Wort. Die freigehaltene Rede wurde nachträglich schriftlich festgehalten.

Meine Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,

das Haushaltsjahr 2024 ist das schwierige Haushaltsjahr, das wir befürchtet haben – und zwar auf allen staatlichen Ebenen. Warum das für die kommunale Familie so ein schwieriges Jahr ist, will ich versuchen zu beschreiben.

Zuerst und zuoberst ist das Auslaufen der so genannten Bilanzierungshilfe zu nennen. Es ist das Auslaufen der Möglichkeit, zunächst durch die Corona-Pandemie bedingte Kosten und dann auch die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Kosten zu isolieren. Diese Bilanzposition ist im Kreis Unna zum 31.12.2022 mit insgesamt 147 Millionen Euro zu beziffern. Das ist ein exorbitanter Betrag, der deutlich macht, dass die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden nach wie vor prekär ist. Diese Mittel haben gefehlt, um die Haushalte auszugleichen.

Zum 31.12.2023 ist von der Möglichkeit kein Gebrauch mehr zu machen. Die Bilanzierungshilfe läuft aus und insofern stellt sich zum 01.01. des neuen Jahres die Frage: Wie können diese Beträge, die in den Haushalten der Städte und Gemeinden und auch in unserem vernebelt wurden, aus dem Ergebnisplan bewirtschaftet werden? Das ist im Wesentlichen die große Problematik.

Insofern ist sehr spannend, dass jetzt gerade just in diesem Moment das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Videokonferenz haushaltsrechtliche Erleichterungen vorstellt. Ich gehe nicht davon aus, dass Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen in Form echten Geldes zu erwarten sind. Sondern dass es Änderungen in der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geben wird; und zwar mit Blick auf den globalen Minderaufwand und in Bezug auf die Frage, wie in der mittelfristigen Finanzplanung kommunale Haushalte genehmigt werden können. Damit setzt sich eine Situation fort, die mit den Corona-bedingten Schäden und den seinerzeitigen Isolierungen ihren Anfang genommen hat. Wir nutzen Instrumente, die die Problematik auf die nächsten Haushaltsjahre verschiebt, sie aber nicht generationengerecht löst. Und wir verschieben das Problem kontinuierlich bis zu einem Zeitpunkt, an dem die Belastungen nicht mehr abzufedern und nicht mehr zu tragen sind. Ich habe vor diesem Hintergrund die massive Besorgnis, dass diese haushaltsrechtlichen Erleichterungen uns eher in die Irre führen als auf einen Weg, mit diesen Haushaltbelastungen in den nächsten Jahren umzugehen.

Aktuell stellt sich die Situation in den Städten und Gemeinden dar wie in einer Gefangenschaft im Bermudadreieck. Das Dreieck ist einfach beschrieben. Es besteht aus den

multiplen Krisen, Corona-bedingten Belastungen, aber auch aus dem Ukrainekrieg und der daraus resultierenden Inflation. Das ist ein weiterer Problemherd für kommunale Haushalte. Und auch der furchtbare Terrorangriff in Israel trägt dazu bei, dass die konjunkturelle Gesamtsituation schwierig ist und die entsprechenden finanziellen Belastungen weiter auf hohem Niveau zu verzeichnen sind.

Auf der Einnahmeseite stagniert das Wachstum. Im letzten Quartal des Jahres 2023 ist sogar eher von einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft auszugehen – und die Fortführung des Wirtschaftswachstums in den nächsten Jahren ist eher nicht in einer Größenordnung prognostiziert, die helfen wird, die massiven Belastungen mit entsprechenden Steuereinnahmen zu kompensieren. Und bei den Belastungen stellen wir fest, dass die Ausgaben exorbitant ansteigen, weil auch die Aufgaben exorbitant wachsen. Der kommunale Raum war es über viele Generationen und viele Jahrzehnte hinweg gewohnt, Aufgaben, die sich stellen, anzugehen und zu lösen.

Gehen wir die Punkte durch, die aktuell insbesondere bei den Soziallasten und bei den Aufgaben und Ausgaben die Probleme bereiten.

An jeder einzelnen Position unseres Sozialetats haben wir es mit massiven Steigerungen zu tun. Greifen wir uns beispielsweise die Kosten der Unterkunft heraus, die mit einem Höchstbetrag auch in dem kommenden Jahr zu veranschlagen sind, liegen wir dort immerhin bei stattlichen 97,61 Millionen Euro, wovon ein guter Anteil – nämlich 61,6 Prozent – durch den Bund finanziert werden. Beim Kreis verbleiben aber immer noch 38,47 Millionen Euro. Ich will Ihnen das vor Augen führen: Wir haben einen Mehraufwand von 7,4 Millionen Euro im Sozialetat, der sich daraus erklärt, was ich eingangs geschildert habe; nämlich, dass wir den Großteil der Steigerungen der letzten Jahre eben nicht mehr wegisolieren können, sondern in 2024 aus dem Ergebnisplan zu bewirtschaften haben.

Was mir auch Sorgen bereitet ist – übrigens nicht nur auf der Kreisebene – wie sich die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen verändert. Dort, wo wir zuständig sind – bis zum ersten schulischen Abschluss – zeigt sich der Sozialetat mit einer ebenfalls gravierenden Steigerung von 9,6 auf 14,7 Millionen Euro. Und das ist noch dramatischer und noch einschlägiger, wenn wir uns auf der Ebene des Landschaftsverbandes die im Wesentlichen durch die Eingliederungshilfe geprägte Steigerung der Soziallasten anschauen: 3,3 Milliarden Euro Eingliederungshilfe bei einem Haushaltsvolumen von 4,4 Milliarden Euro. Die differenzierte Kreisumlage, die ja im Wesentlichen auch eine von Sozialkosten geprägte Umlage ist, passt ebenfalls ins Bild. Für Leistungen, die wir für unsere – und das meine ich ganz herzlich – drei kleinen Kommunen übernehmen, wird die Umlage im nächsten Jahr mit 17,7 Prozent und mit 5,2 Millionen Euro Veränderung stattlich anwachsen; und für die drei Kleinen kaum noch zu stemmen und zu finanzieren sein. Nehmen Sie auch hier das Bild des Bermudadreiecks. Steigende Sozialkosten beim Landschaftsverband, die wir über die Allgemeine Kreisumlage weitergeben, steigende Soziallasten in unserem eigenen Haushalt bis hin zu der differenzierten Kreisumlage lösen katastrophale finanzielle Folgewirkungen in den Städten und Gemeinden aus. Wer aber meint, das Bild sei damit komplett, der irrt.

Im Zuge der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und insbesondere geprägt durch die grassierende Inflation sind gegensteuernde Effekte eingetreten, die aber von den kommunalen Haushalten ebenfalls zu erwirtschaften sind. Allen voran die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst, damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Inflationsausgleich

in ihrem eigenen Portemonnaie spüren. Das alleine macht im Kreishaushalt für das kommende Jahr einen Unterschiedsbetrag von über 10 Millionen Euro aus. Als Personaldezernent sage ich: Das ist genau richtig, das ist gut für unsere Beschäftigten! Aber als Kämmerer ist es eine exorbitant große Herausforderung, mit diesen Steigerungen umzugehen. Und dabei die Steigerung für die Beamtinnen und Beamten, die ja noch nicht durch einen entsprechenden Abschluss feststeht, nur mit einem Betrag von fünf Prozent über alle Beamtinnen und Beamten des Kreises eingepreist. Sie wissen: Die Forderung der Gewerkschaften liegt bei 10,5 Prozent. Irgendwo in der Mitte wird man sich also verständigen. Und damit ist auch ein Risiko für den Kreishaushalt 2024 beschrieben. Massive Herausforderungen, massive Risiken, massive Problemlagen – das drückt die Stimmung bis hin zum verzweifelten Aufschrei, nicht nur unserer Städte und Gemeinden, sondern nahezu des gesamten kommunalen Raumes in Nordrhein-Westfalen, wie mit dieser prekären Haushaltslage, die ein Ausmaß erreicht hat, das wir uns selbst in der Finanzmarktkrise nicht haben vorstellen können, umzugehen ist. Und das in einer Situation, in der die Aufgaben so gravierend und so vielfältig sind wie vielleicht selten zuvor.

Die Flüchtlingskrise setzt auch die Kommunen unter Druck. Im Bereich der Unterbringung. Aber auch im Bereich der Integration an den unterschiedlichen Stellen und der Überführung in die sozialen Sicherungssysteme. Und daneben gilt es, die Mobilitätswende zu organisieren. Es gilt, in den Bereichen der Wohnungsbauwirtschaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Und die Klimakrise ist nicht durch den russischen Angriffskrieg außer Kraft gesetzt – sondern ist immer noch etwas, was wir auch kommunal angehen müssen. Digitalisierung – und ich schaue mal zu den Kollegen nach Südwestfalen – IT-Sicherheit; all das sind gravierende Aufgaben, denen sich die Städte und Gemeinden und Kreise stellen müssen. Aber ich frage mich: Mit welchem Geld soll das noch funktionieren?

Die einzige Möglichkeit, die Städte und Gemeinden haben, ist, die Steuern zu erhöhen. Und zwar im Wesentlichen die Grundsteuer B. Wenn man versuchen will, den Strauß an Aufgaben aus dieser Einnahmequelle zu finanzieren, dann wird man das in einer kaum vorstellbaren Größenordnung tun – selbst in einem Kreis, der im nordrhein-westfälischen Durchschnitt über die höchsten Hebesätze verfügt. Ich glaube, die Menschen im Kreis Unna und auch an anderer Stelle werden diese Steigerungen über die Grundsteuer – entweder als Eigentümer oder mittelbar als Mieter – nicht nachvollziehen können. Sie werden sie nicht verstehen. Sie werden sie ablehnen. Und das führt dazu, dass wir uns mit Fragen auseinandersetzen müssen:

Was macht das mit dem sozialen Frieden in unserer Gesellschaft?

Was macht das mit der Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger?

Was macht das auch mit der Motivation und der Leistungsfähigkeit in der Zukunft?

Ich will ganz offen sagen: Ich habe da kaum Antworten zu – aber eine massive Besorgnis. Und ich will Ihnen ganz klar sagen, dass die Städte und Gemeinden an der Stelle finanziell alleine gelassen werden mit der Grundsteuer als ihrem einzigen Hebel; und das halte ich für falsch.

Die Städte und Gemeinden sind vielleicht keine „Bad Bank“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Aber sie fühlen sich so. Sie sind konstant unterfinanziert und man hat fast den Eindruck, das Land Nordrhein-Westfalen tut dies strategisch, indem es einen Großteil der finanziellen Belastungen in den kommunalen Raum ausgliedert, dort unterfinanziert und mit einem rechtlichen Rahmen versieht, dass diese Belastungen nicht heraustreten. Das ist das gleiche

Prinzip, mit dem die damalige Landesbank abgewickelt wurde. Ich halte das für den falschen Weg!

Lassen Sie uns an der Stelle vielleicht darüber sprechen, was das Land tun könnte – und ich komme gleich auch noch dazu, was der Kreis tun kann. Aber die Hauptblickrichtung für Kommunen in Nordrhein-Westfalen geht natürlich in Richtung der Landesregierung. Wir schauen immer auf den sogenannten Verbundsatz. Wie viele Prozentpunkte kriegen die Städte und Gemeinden von dem, was das Land Nordrhein-Westfalen an Steueraufkommen hat? Es sind nach wie vor 23 Prozent. Und jedes Jahr aufs Neue gibt es die Forderung, diesen Verbundsatz deutlich zu erhöhen. Ich will mich also in die Schlange derer auch heute einreihen, die dies seit vielen Jahren tun. Ich halte das nach wie vor für absolut unumgänglich.

Ich bin in der Anhörung im Landtag zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 gefragt worden, ob mir denn darüber hinaus noch etwas anderes einfallen würde. Und ich will Ihnen sagen, was ich dort auch gesagt habe. Wenn es nach mir ginge, wäre das Erste, was man tun könnte, die komplette Förderlandschaft des Landes Nordrhein-Westfalen abzuschaffen und das zur Verfügung stehende Geld, das über Förderprogramme in die Kommunen ausgekehrt wird, über das Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung zu stellen. Das wäre mal eine Entfesselung. Das wäre mal ein Bürokratieabbau.

Es gibt gut bezahlte, hochintelligente Leute, die sich erst überlegen, wie man die Förderstrukturen und die Förderbedingungen aufstellt. Dann benötigen wir hochqualifiziertes Personal, um die Förderprogramme zu identifizieren. Und wenn wir das getan haben und in der Lage sind, einen Antrag zu stellen, wird der von der Bezirksregierung wiederum mit entsprechendem Personal geprüft und genehmigt, um dann in einem Kreis oder in einer Stadt die Ausgaben nachzuhalten. Ich finde, das könnte man sich sparen, wenn der Deal wäre, das Volumen der Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen über das Gemeindefinanzierungsgesetz an die Städte und Gemeinden auszukehren. Ich behaupte, dass die Städte und Gemeinden in den Räten und Kreistagen dazu in der Lage wären, darüber zu entscheiden, wo das Geld am sinnvollsten ausgegeben wird.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – ganz kurzzeitig – mit dem ersten Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes auch über das Thema Altschulden gesprochen. Das ist dann erstmal wieder verschoben worden und findet sich nicht mehr im Gemeindefinanzierungsgesetz 2024. Es ist aber ein Problem bei steigenden Zinsen, die nun mal Leitzins geprägt sind. Und bei einem Stand von 431 Millionen Euro im Kreis Unna ein zu lösendes Problem, das uns auch in Zukunft vor große Herausforderungen stellen wird.

Das war der Blick aufs Land. Jetzt ist auch die Frage: Was kann der Kreis tun?

Als wir im Sommer gesehen haben, wie sich der Kreishaushalt 2024 entwickeln wird, haben wir bereits angefangen, eine massive Konsolidierung von einem Prozentpunkt unseres Haushaltsvolumens in Angriff zu nehmen und über 100 Einzelpositionen des Kreishaushaltes darauf zu überprüfen, ob entsprechendes Konsolidierungspotential vorhanden ist. Am Ende des Tages – und ich finde: Das ist ein durchaus großer Erfolg, wenn auch nur ein Teilerfolg in Anbetracht dieser gravierenden Belastungen und Risiken – steht zu Buche, dass wir es immerhin hinbekommen haben, 6,1 Millionen Euro in dem 2024er-Haushalt auf der Basis des vorliegenden Haushaltsentwurfes einzusparen. Ich finde, das ist aller Ehren wert.

Aber ich will eines auch deutlich sagen. Es hätte keines Schreibens bedurft, damit der Kreis Unna genau diese Konsolidierungsanstrengungen unternimmt – auch nicht im Rahmen der Benennungsherstellung. Wir tun es, weil wir es immer so getan haben. Und ich sage Ihnen: Wir werden das auch in der Zukunft tun. Wir haben beispielsweise als einziger Kreis in Nordrhein-Westfalen – oder vielleicht sagen wir mal, als einer der wenigen Kreise, damit ich nicht doch noch eines Besseren belehrt werde – die Zahllast der allgemeinen Kreisumlage im Haushaltsjahr 2018 das erste Mal und in den Jahren 2021 und 2022 zweimal hintereinander gesenkt; und im Vergleich 2020 zu 2021 immerhin um einen Betrag von fast 17 Millionen Euro. Ich glaube, dass dieser Kreistag und diese Kreisverwaltung selbstbewusst sagen dürfen: Das hat einen gehörigen Anteil daran, dass die Städte und Gemeinden, die konstant und über viele Jahre hinweg unterfinanziert waren, ausgeglichene Haushalte aufstellen konnten. Wir haben das strategisch getan. Und wir haben das nach Plan getan, um möglichst rücksichtsvoll und möglichst kommunalfreundlich mit den Städten und Gemeinden umzugehen. Und uns ist damit etwas gelungen, das auch in Nordrhein-Westfalen eher einmalig ist. Wir konnten den Anteil der allgemeinen Kreisumlage an den Gesamtaufwendungen über die letzten Jahre konstant und kontinuierlich absenken. Im Jahre 2023 betrug diese Quote gerade mal 40,2 Prozent. Die Städte und Gemeinden zahlen 40,2 Prozent des allgemeinen Kreishaushaltes, und nicht mehr.

Das zweite Thema, das wir angepackt haben, war der Stellenplan. Natürlich nehmen wir in einem so gravierenden Haushaltsjahr auch diese wichtige Position in den Blick; insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir es über den Tarifabschluss mit massiven Personalaufwandssteigerungen zu tun haben. Wir planen daher mit dem Entwurf des Haushaltes gerade einmal, gute sechs neue Stellen einzurichten – und davon sind vier Stellen dafür vorgesehen, auf der Grundlage des Gutachtens den zivilen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz zu stärken. Weitere vier Stellen sind zur Entlastung der massiven Fallzahlsteigerungen in der allgemeinen Ausländerbehörde angesiedelt; also in dem Bereich, der operativ nun mal wesentlich betroffen ist von den Flüchtlingsströmen. Und der dritte Bereich ist eine Stärkung unserer IT mit zusätzlichen drei Stellen. Ich glaube, mittlerweile brauche ich niemandem mehr begreiflich zu machen, wie wichtig eine funktionierende IT im Kreis Unna ist. Die IT ist die Herzkammer, das Rückgrat jedweder Organisationseinheit und auch einer Verwaltung.

Jetzt haben Sie mitgerechnet und sagen: Das waren aber ein paar mehr Stellen als die angekündigten 6,23 Stellen. Das ist richtig, weil wir weiterhin – wie wir es in den Jahren zuvor auch getan haben – immer dort, wo es entsprechende Einsparungen geben kann, diese auch gehoben haben. Im Wesentlichen in diesem Jahr im Fachbereich 62 – Geoinformation und Kataster. Da konnten wir 1,5 Stellen einsparen: Digitalisierungserfolge versetzen uns dort in die Lage, weniger Personal einzusetzen. Die weitere Einsparung kommt aus einem freiwilligen Bereich. Und auch das gehört zur Wahrheit dazu, dass zusätzliche fünf Stellen vor ein paar Jahren im freiwilligen Bereich für Schulsozialarbeit eingerichtet wurden, die in Anbetracht der angespannten und prekären Haushaltslage von der Verwaltung zumindest mal als potenzieller Einsparvorschlag auch identifiziert und angeboten werden müssen. Wir wissen, dass das hochpolitisch ist, und dass das Ihren Beratungen natürlich vorbehalten ist. Ich will aber an der Stelle Folgendes sagen: Jede Stelle, die in der Vergangenheit eingerichtet wurde – übrigens auch jede Stelle, die von der Verwaltung beantragt wird - und das sind deutlich mehr als die, die wir dann am Ende tatsächlich einrichten – hat ja einen Hintergrund, einen Zweck. Es beantragt ja keine Organisationseinheit etwas aus Jux und Tollerei. Insofern ist es auch eine

schwierige Abwägungsfrage, sich in jedem Einzelfall zu überlegen: Was kannst du tun, was kannst du in der aktuellen Situation nicht mehr rechtfertigen – und wo musst du in Anbetracht der Situation vielleicht auch etwas, was auf gutem und hervorragendem Niveau passiert, hinterfragen und vielleicht neu priorisieren? Ich finde, das gehört dazu. Und es ist Aufgabe einer Verwaltung, solche Dinge zu identifizieren und sie dann der politischen Willensbildung vorzulegen.

Der dritte Punkt ist die Ausgleichsrücklage. Jedes Jahr aufs Neue stellt sich die Frage, wie man mit dieser Ausgleichsrücklage umgeht, die ja zum 31.12.2022 immerhin einen Stand von 44,2 Millionen Euro hat. Wir haben gerade mit Verwendungsbeschluss das negative Ergebnis des Jahres 2022 über eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage finanziert. Dabei darf man Folgendes nicht vergessen: Bereits neun Millionen von diesen 44 Millionen Euro laufen ins aktuelle Haushaltsjahr – und ich gehe auf Basis der Meldungen aus den unterschiedlichen Budgets davon aus, dass wie uns in diesem Haushaltsjahr eher noch verschlechtern als verbessern; und das müssen wir dann zum 31.12.2023 aus der Ausgleichsrücklage finanzieren. Hinzu kommen 8,2 Millionen Euro, die in der Bilanzposition aus den Corona-bedingten Schäden liegen, wo wir im sehr, sehr guten Jahresabschluss 2022 entsprechende finanzielle Mittel vereinnahmt haben und wo ich glaube, dass diese über eine Entnahme aus dem Eigenkapital aus dem Jahr 2026 gegenfinanziert werden müssen. Wenn man das ausrechnet, dann landet man bei 27 Millionen Euro, was zur Stunde, in der wir den Haushalt 2024 miteinander diskutieren, noch Bestand der Ausgleichsrücklage ist.

In der Vergangenheit hatten wir die Überlegung, das zu dritteln. Ich habe mich bereits zu den Eckwerten entschieden, 13,5 Millionen Euro dieses Betrages zur Verfügung zu stellen – und das ist genau die Hälfte – weil mir bewusst war, wie wichtig es ist, den Städten und Gemeinden über die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage die Möglichkeit zu geben, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Wer jetzt sagt: Nimm doch die nächsten 13,5 Millionen Euro auch noch – dem muss ich sagen, das hat dann auch etwas mit der Aufgabenverteilung zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis zu tun. Ich weiß ja, dass ich in einem Jahr wieder hier stehe und dass wir in einem Jahr miteinander einen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 zu verarbeiten haben. Und ich weiß, was los wäre, wenn wir das ohne eine vorhandene Ausgleichsrücklage tun müssten.

Also insofern mein eindeutiges und klares Werben vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Entwicklung im Laufe des 2023er-Haushalts: Lassen Sie es bei den 13,5 Millionen! Das ist ein exorbitant großer Beitrag in der aktuellen Zeit; aber denken Sie bitte auch an die Haushaltsjahre 2025 und 2026. Ich finde, der Kreis hat das, was er tun kann, abermals getan. Und deshalb muss ich eine Ebene höher schauen zum Landschaftsverband und mir da auch die Frage stellen: Tut denn der Landschaftsverband all das, was er tun kann?

Ich bin da im Ton nicht zu streng, auch im Rahmen der Benehmensherstellung nicht, weil ich weiß, dass die gravierenden Steigerungspositionen des Landschaftsverbandes natürlich von Soziallasten geprägt sind. Und die Gegenreaktion ist dann häufig diejenige, dass man in einem von Soziallasten geprägten Haushalt kaum Einsparungen vornehmen kann. Das Gleiche gilt aber für den Kreishaushalt auch. Der ist auch zu zwei Dritteln von Soziallasten geprägt und trotzdem schaffen wir es, pauschale Kürzungen in den unterschiedlichen Finanzbereichen dieses Haushalts vorzusehen. Ich würde mir eine ähnlich zurückhaltende Bewirtschaftung des Stellenplans 2024 beim Landschaftsverband wünschen. Ich würde mir ein Ausnutzen der Bilanzierungshilfe in 2023 wünschen und ein Konsolidierungsprogramm, das über die

aktuellen Konsolidierungsmaßnahmen von einem Prozentpunkt des Haushaltsvolumens beim Landschaftsverband hinausgeht. Das wäre eine Hilfe. Eine richtige Hilfe in der aktuellen Zeit. Und ich will Ihnen die eine Zahl nicht verschweigen: Die Landschaftsumlage hat mittlerweile einen Gesamtbetrag von 141,4 Millionen Euro im Kreishaushalt; sie ist mit weitem Abstand die Nummer eins der Einzelpositionen in unserem Haushalt und ist um fast 12 Millionen Euro von 2023 zu 2024 angestiegen. Das ist ein Riesenproblem, das nicht vollständig in Münster verursacht wurde; aber eines, das wir gemeinsam in der kommunalen Familie identifizieren und auch miteinander angehen müssen. Das ist das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, über das Land haben wir bereits gesprochen. Die Schlüsselzuweisungen sind leicht angestiegen, also auch die der Städte und Gemeinden. Dafür ist die Steuerkraft fast in einer ähnlichen Größenordnung gesunken. Insofern ist es ein Nullsummenspiel. Macht aber auch gar nichts, weil das bei der Einnahmenseite fast noch egal ist in Anbetracht – ich habe es vorhin schon beschrieben – der weglaufenden Ausgabenposition. Was kann der Bund tun? Da gibt es ebenfalls viele Stellschrauben, die angegangen und genutzt werden müssen. Ich will da nur mal sagen, das gesamte Thema der Flüchtlingsbewegungen, der Migration ist eines, was durch bundespolitische Maßnahmen flankiert und auch erleichtert werden muss. Aber es ist natürlich auch ein massives finanzielles Problem. Und ohne die Bundesbeteiligung, die sich ja jetzt ein Stück weit bewegt – vielleicht noch nicht genug – wird es nicht gehen, diese Krise finanziell zu meistern. Wir haben über die Soziallasten gesprochen. Über die hohe Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft. Und wir müssen darüber sprechen, dass auch der Bund gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen – Nordrhein-Westfalen ist übrigens das einzige Land, in dem die Eingliederungshilfe kommunal finanziert wird – die Kosten mit dynamischen Bundesbeteiligungen flankiert und abfedert. Anders kann das nicht funktionieren. Und insofern muss auch der Bund zu seinem Wort stehen. Ähnlich wie bei der Altschuldenlösung, wo 50 Prozent der Altschulden ja ebenfalls über den Bund zu finanzieren sind. Und wenn man es mit der Mobilitätswende ernst meint, dann muss das Deutschlandticket auskömmlich finanziert sein; und zwar so, dass die Verkehrsunternehmen nicht am Ende die Zeche dafür zahlen, dass die Menschen, was ja sinnvoll ist, adäquat, modern und digital durch die entsprechenden Gebiete transportiert werden. Auch dort müssen Land und Bund an einem Strang ziehen, um diese Herausforderungen in den Griff zu bekommen.

Ziehe ich mal einen Strich unter diese Gedanken, dann verbleibt am Ende eine allgemeine Kreisumlage von 303,297 Millionen Euro. Das ist eine Verbesserung zu den Eckwerten, wo wir noch 308,3 Millionen Euro kommuniziert haben, und aktuell ein Hebesatz von 40,14 Punkten. Nur zur Erinnerung: Die Steigerung, die 34,8 Millionen Euro ausmacht im Vergleich 2023 zu 2024, die kann man schnell erklären. 12,3 Millionen Euro LWL, 10,3 Millionen Euro Personal, 9,2 Millionen Euro wegen der wegfallenden Isolierung, 9,1 Millionen steigende Soziallasten. Da ist das Gegensparen deutlich schwerer – und trotzdem haben wir es ja mit 6,1 Millionen Euro gemacht.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr – und damit will ich schon fast auf die Schlussgerade einbiegen – in diesem Jahr war die Art und Weise, wie die Diskussion mit den Städten und Gemeinden abgelaufen ist, verbesserungswürdig. Ich finde, dass wir als Kreis in der Verantwortung stehen, transparent und klar die Dinge zu identifizieren, die dazu führen, dass sich die Kreisumlage verändert – und leider in 2024 im Vergleich zu vielen positiven Botschaften der letzten Jahre negativ verändert hat. Ich glaube, dass wir das tun, indem wir die Kämmerin und Kämmerer im Kreisgebiet umfassend und sehr transparent mit den

notwendigen Informationen versorgen; nicht nur schriftlich, sondern auch in entsprechenden Gesprächen. Und mir ist wichtig, Folgendes dazu anzufügen. Ich bin der Erste, der versteht, dass die Haushaltslage der Städte und Gemeinden ein Ausmaß erreicht hat, das diese vor die Frage stellt, wie sie ihre kommunalen Haushalte überhaupt noch aufstellen und bewirtschaften sollen. Die allermeisten unserer Zehn haben nur ganz kurzzeitig überhaupt mal wieder einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können und haben nur eine ganz kurze Zeit überhaupt erlebt, wie das süße Gift schmeckt, nicht mehr unter der Knute der Kommunalaufsicht und der Haushaltssicherung Projekte und Maßnahmen vorantreiben zu können. Und dass man nach einer zehnjährigen Zeit der kontinuierlichen Konsolidierung, der kontinuierlichen Einsparung, einer Zeit, in der ausgeglichene Haushalte nur deswegen möglich waren, weil Stärkungspakt und sinkende Kreisumlage ihren Beitrag geleistet haben –, dass man in dieser Situation den Eindruck hat, in eine Vergeblichkeitsfalle zu fallen, wenn das von jetzt auf gleich alles Makulatur ist; da habe ich maximales und vollständiges Verständnis für. Und insofern tun wir das, was wir tun können, um unseren Beitrag zu leisten.

Die Städte und Gemeinden haben Einsparungen angesprochen. Wir leisten 6,1 Millionen Euro. Die Städte und Gemeinden haben gebeten, den Stellenplan möglichst moderat zu entwickeln. Wir tun das mit gerade einmal mit sechs Stellen. Die Städte und Gemeinden haben in den Raum gestellt, die Ausgleichsrücklage deutlich stärker in Anspruch zu nehmen. Ich habe dazu meine fachliche Meinung gesagt. Die Städte und Gemeinden haben darüber hinaus darauf hingewiesen, dass wir uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren mögen. Ich will nur vorsichtig darauf hinweisen, dass wir an vielen Stellen kommunale Aufgaben erfüllen und zum Teil mit allgemeiner Kreisumlage finanzieren. Die Folge, wenn wir dies nicht mehr tun würden, wäre ja nicht eine Ersparnis. Sondern wäre ein Rückfall in die örtliche Zuständigkeit und ein Rückfall in die örtliche Finanzierungshoheit. Das müssen wir schon sachlich miteinander besprechen, ob das tatsächlich so gemeint ist. Wir mögen die Großprojekte, die wir vorantreiben, doch möglichst zurückstellen; dort, wo wir massive Projekte bauen wollen. Auch da stelle ich die vorsichtige Frage, ob die Abkehr von einem Kreistierheim – in der Planung das Großprojekt im 2024er-Haushalt – da tatsächlich gemeint ist, oder ob die Nichtmodernisierung einer Leitstelle in Anbetracht von großen Herausforderungen im zivilen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz wirklich dasjenige Großprojekt ist, das wir nicht mehr leisten sollen. Ich habe meine Zweifel, dass das gemeint ist. Wir mögen uns darauf konzentrieren in welchen Gesellschaften eine Kreisbeteiligung sinnvoll ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich kenne niemanden, der uns ein Defizitunternehmen wie die Verkehrsgesellschaft VKU zu einem entsprechenden Preis abnehmen würde. Ich glaube, das ist eine wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Wir können uns darüber unterhalten, ob Doppelstrukturen wie im Rahmen der Wirtschaftsförderung notwendig sind – und auch das muss dann miteinander diskutiert und angesprochen werden. Ich glaube auch, dass ein Verkauf der UKBS-Anteile wenig Sinn ergibt. Wohnungsneubau ist eine Hauptaufgabe der Kommunen in der aktuellen Zeit. Wer wollte denn die Anteile des Kreises erwerben? Diejenigen Städte und Gemeinden, die gerade noch ausgeführt haben, finanziell nicht in der Lage zu sein, ihre Kernaufgabe zu erfüllen? Es kann doch dann nur eine Privatisierung sein.

Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg wäre. Aber es gilt, transparent und offen damit umzugehen. Insofern hat der Landrat zu einem Gespräch am morgigen Tag eingeladen, wo wir mit den Kämmerinnen und Kämmerern genau diese Punkte diskutieren und besprechen wollen; und vielleicht noch manche Themen mehr. Ich finde, das gehört zum Umgang auch

dazu, dass man diese Punkte dann auch mit offenem Visier miteinander diskutiert und bespricht, wie wir die eine oder andere Idee dann tatsächlich auch verstehen sollen, und wie wir dann auch in Zukunft gemeinsam mit diesen Fragestellungen umgehen wollen.

Einen Gedanken will ich aber gleichwohl noch los werden. Ich habe in dieser Diskussion manchmal den Eindruck, wir sprechen einmal über Bürgerinnen und Bürger des Kreises – und einmal über Bürgerinnen und Bürger, die in Lünen wohnen oder in Unna oder in Schwerte und in allen anderen Städten und Gemeinden auch. Ich habe manchmal den Eindruck, da wird eine konfrontative Stellung aufgebaut, die doch gar nicht notwendig ist. Am Ende erfüllen wir gemeinsam die öffentlichen Dienstleistungen für unsere gemeinsamen Bürgerinnen und Bürger – so gut wir das können und so kosteneffizient wie wir das können. Und so, wie eine Familie in Lünen morgens in die Nebenstelle des Kreises geht, um ein Kraftfahrzeug anzumelden, so gehen sie des Nachmittags ins Einwohnermeldeamt und beantragen den Reisepass für ihr Kind. Das ist doch nichts Gegensätzliches, sondern das ist etwas Gemeinsames. Das ist das, was wir meinen, wenn wir über die kommunale Familie sprechen. Und deswegen ist diese Frontstellung, die nur über die finanzielle Schieflage der Städte und Gemeinden zu erklären ist, insgesamt im Ton und auch vielleicht in dem ein oder anderen Thema gar nicht angezeigt.

Die Städte und Gemeinden konnten sich darauf verlassen, sie können sich darauf verlassen und sie werden sich weiterhin darauf verlassen können, dass der Kreis Unna mit maximaler Rücksicht und maximaler Kommunalfreundlichkeit versucht, die schwierige Situation so auszutarieren, dass wir alle gemeinsam am Ende dafür gerade stehen können, was die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna von uns erwarten: eine ordentliche, eine adäquate Aufgabenerfüllung dort, wo wir zuständig sind.

Meine Damen und Herren, am Samstag ist der 11.11. Der eine oder andere hat ja was mit Karneval am Hut, der eine oder andere auch nicht. Es gibt ein Lied von den Hönern, da heißt es: „Echte Fründe ston zesamme“. An uns wird es nicht scheitern, dass die kommunale Familie wie ein Mann zusammen steht. An mir wird es nicht scheitern, ganz im Gegenteil.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und ich danke Ihnen auch in diesem Jahr für die Unterstützung an jeder einzelnen Stelle. Ich danke meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir diese Unterstützung mindestens in der gleichen Art und Weise geben. Ohne die wäre das nicht möglich. Und Ihnen danke ich, dass Sie mir so tapfer zugehört haben in dieser schwierigen Zeit.

Herzlichen Dank.

Glück Auf!